

**DIE LINKE.SDS**  
**VI. Bundeskongress**  
18. bis 20. VI. 2010 in Berlin

# Protokoll

Protokollant: Hans Reuter

**die linke. SDS**  
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

# Inhaltsverzeichnis

1.	<u>Begrüßung</u> .....	4
2.	<u>Formalia</u> .....	4
3.	<u>Grußworte</u> .....	5
4.	<u>Podium „Sozialistische Organisation an der Hochschule von gestern bis heute – MSB, SHB, Linke.SDS – wo können wir heute anknüpfen“</u> .....	5
5.	<u>Rechenschaftsbericht des BuVo</u> .....	6
6.	<u>Rechenschaftsbericht der Geschäftsführung</u> .....	7
7.	<u>Diskussion und Nachfragen zu den Rechenschaftsberichten</u> .....	8
8.	<u>Generaldebatte zum Leitantrag</u> .....	9
9.	<u>Die „critica“ – zur Arbeit mit einer sozialistischen Studierendenzeitung</u> .....	11
10.	<u>Antragsbehandlung</u> .....	11
11.	<u>Wahl der Wahlkommission</u> .....	13
12.	<u>Wahl der Mandatsprüfungskommission</u> .....	13
13.	<u>Nachwahlen zur Bundesgeschäftsführung, Antragsbehandlung</u> .....	13
14.	<u>Wahlen zum Bundesvorstand</u> .....	14
15.	<u>Workshopphase I</u> .....	15
16.	<u>Workshopphase II</u> .....	15
17.	<u>Abschluss des Bundeskongresses und Schlusswort</u> .....	16
18.	<u>Weitere Anträge, Vertagungen</u> .....	16
19.	<u>Anhang</u> .....	17
20.	<u>Formale Anträge</u> .....	17
	<u>Antrag F1</u> .....	17
	<u>Antrag F2</u> .....	19
21.	<u>Leitantrag</u> .....	23
	<u>Antrag A1</u> .....	23
22.	<u>Programmatische Anträge</u> .....	28
	<u>Antrag A2</u> .....	28
	<u>Antrag A3</u> .....	29
	<u>Antrag A4</u> .....	30
	<u>Antrag A5</u> .....	31
	<u>Antrag A6</u> .....	35
	<u>Antrag A7</u> .....	35
	<u>Antrag A8</u> .....	35
	<u>Antrag A9</u> .....	36
	<u>Antrag A10</u> .....	36

	<u>Antrag A11</u> .....	36
23.	<u>Vertagte Anträge</u> .....	38
	<u>Antrag S8</u> .....	38
	<u>Antrag S9</u> .....	38
24.	<u>Verwiesene Anträge</u> .....	39
	<u>Antrag P9</u> .....	39
	<u>Antrag P10</u> .....	40
	<u>Antrag P10.1</u> .....	41
	<u>Antrag P12</u> .....	42
	<u>Antrag P12.1</u> .....	43

## 1. Begrüßung

Willkommensgruß vom SDS.HU durch Loren Balhorn.  
Er freut sich auf solidarische Diskussionen und ein erfolgreiches Wochenende.

## 2. Formalia

Beschluss der [Geschäftsordnung](#):  
GO einstimmig beschlossen

Vorschlag des Tagespräsidiums:

Friederike Benda

Luigi Wolf

Tatjana Gossen

Einstimmig angenommen.

Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Bisher 19 Gruppen, 29 Delegierte angemeldet.

Davon im Moment 19 Delegierte anwesend, damit ist die Beschlussfähigkeit des BuKo festgestellt.

Ergänzung der Tagesordnung: Grußwort von Luc Jochimsen um ca. 16 Uhr

Nachfragen zur Tagesordnung

Bestätigung der ergänzten [Tagesordnung](#):

Einstimmig bestätigt.

Bestätigung des Protokolls des letzten BuKo:

mit 1/0/10 bestätigt

Antragsberatungskommission wählen:

Vorgeschlagen:

Georg Frankl

Almut Woller

Anna Thiemann

Ohne Gegenstimmen bestätigt.

Antragsschluss für Änderungsanträge: heute 13 Uhr.

Ohne Gegenstimmen bestätigt.

### 3. Grußworte

Grußwort von **Nele Hirsch** (Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag)

Wünscht erfolgreichen BuKo, verweist auf gute Zusammenarbeit mit der Partei in der Vergangenheit, lobt unser Engagement bzgl. kritischer Wissenschaft.

Geht auf den Bildungsstreik ein, Bündnis- und Bewegungsarbeit sind eminent wichtig für linke Erfolge, DIE LINKE.SDS als Scharnier zwischen Bewegungen und parlamentarischen Vertretung.

Grußwort von **Leonie** und **Lena** (Wien, Linkes Hochschulnetzwerk)

Thematisieren den Bildungsstreik in Österreich „Uni brennt“ / „Bologna Burns“. Es ist schwierig, die unzufriedenen Studierenden zu politisieren und zu kritischer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse hinzuführen. Um diese Arbeit zu erleichtern und zu strukturieren hat sich das Linke HSN gegründet, ein zwei Monate altes, neues Projekt, mit dem SDS als Vorbild und Orientierungspunkt.

Schwierigkeit der Politisierung der Proteste soll mit dem LHSN angegangen werden, anderer wichtiger Punkt ist der politische Kampf gegen die in Österreich starken rechten Parteien. Die Kongresse des SDS haben Eindruck hinterlassen und in Österreich sollen ähnliche Veranstaltungen organisiert werden. Die Abgesandten des LHSN freuen sich auf Beteiligung und Erfahrungstransfer von und mit dem SDS und wünschen sich eine solidarische Zusammenarbeit der beiden Organisationen.

/Starker Applaus im Plenum/

### 4. Podium „Sozialistische Organisation an der Hochschule von gestern bis heute – MSB, SHB, Linke.SDS – wo können wir heute anknüpfen“

**Wolfgang Gehrke** (MSB, KPD, SDAJ, DKP, PDS, LINKE)

**Ferenc Benda** (ADS, GEW, LINKE)

**Julia Dück** (Politikwissenschaften an FU Berlin)

Wolfgang dankt für die Einladung. Größtes Problem der Linken heutzutage ist der fehlende Niederschlag weit verbreiteter Unzufriedenheit in politische Veränderungen.

Europaweit gefährliche Tendenz nach rechts. Ehemals starke westeuropäische linke Organisationen befinden sich in der Krise.

Der SDS muss unabhängig von der Partei DIE LINKE mit eigenen Debatten die Hochschulpolitik analysieren und beeinflussen.

Wolfgang gibt einen historischen Einblick in die Geschichte und Struktur des MSB. Starke Basisorientierung, Bedeutung des damaligen kulturellen Umfelds der Bewegungen an den Unis und in der Gesellschaft.

Ferenc Benda erklärt die Struktur der ADSen und ihre Ideen (und die Einschätzung durch den VS). Intensive Zusammenarbeit von ADSen und MSB wird hervorgehoben.

Im Gegensatz zu heute konnten die linken Studierendenorganisationen damals als Massenorganisationen mit starker Basisvertretung an den Unis bezeichnet werden.

Das Engagement des SDS für mehr kritische Wissenschaft muss weiter verfolgt und ausgebaut werden.

Julia Dück verweist auf das Papier im Linkskontrovers und geht jetzt auf Gramsci ein. Spaltung in Herrscher und Beherrschte nicht nur entlang der Klassengrenzen sondern auch innerhalb der Klassen. Wie können wir in einer politischen Organisation eine demokratische Zusammenarbeit erhalten und Spaltungen verhindern? Die Spaltung ist keine unveränderbare Tatsache, muss aber immer wieder thematisiert, problematisiert und kritisiert werden – und immer wieder bekämpft und verhindert werden. Herbstakademie als Kristallisationspunkt für theoretische Debatten und für die Weiterentwicklung des SDS.

Anders als in den 70ern haben wir heutzutage keinen Klassenkampf und wir müssen daher darüber nachdenken, ob eine massenhafte Mobilisierung in der heutigen durchdifferenzierten Gesellschaft wirklich möglich ist, oder ob nicht breite, wechselnde Bündnisse in den verschiedenen Politikbereichen gegenüber einer einzelnen Massenorganisation viele Vorteile hat.

Anschließend Diskussion.

- Grenze zwischen Azubis und Studis schwimmt immer mehr, Weg zu stärkerer gemeinschaftlicher Vertretung möglich/sinnvoll?
- Parteibezug bei MSB, ADSen
- Wir müssen daran arbeiten, ein linkes kulturelles Umfeld für unsere Bewegung zu schaffen um die aktuelle gesellschaftliche Hegemonie nach links zu verschieben.
- Müssen die Positionen unserer BündnispartnerInnen verstehen und uns damit auseinandersetzen.
- Informelle Strukturen auch in unserem Verband müssen immer wieder aufgebrochen werden und linke Studierende inhaltlich und politisch geschult werden, gerade wenn sie neu in unserem Verband sind, damit emanzipative Politikaneignung geschehen kann. Dies ist eine gemeinschaftliche Aufgabe für den gesamten SDS.
- Verstärkt Inhalte und Diskussionen in die HSGen bringen, um Wissens- und Informationshierarchien abzubauen und den innerverbandlichen Austausch zu verbessern.
- Viele Punkte die ich nicht protokolliert habe.

Abschluss der Diskussion durch Schlussworte von Wolfgang, Ferenc und Julia.

## **5. Rechenschaftsbericht des BuVo**

Oskar Stolz berichtet für den BuVo:

MCH-Kongress wurde schon beim letzten BuKo ausgewertet, seit Herbst gibt es eine intensive Debatte mit der Linksjugend zum gegenseitigen Verhältnis.

Finanzhaushalt des SDS ist angespannt, trotzdem wird versucht, möglichst viele Publikationen etc. in die Öffentlichkeit zu bringen. Sehr erfolgreich ist dabei die „Block Fascism“-Broschüre.

Critica-redaktion leistet gute Arbeit. Zusammenarbeit mit dem Fördererkreis ist sehr produktiv und ermöglicht spannende und gut besuchte Seminare.

Bildungsstreik nimmt viel Platz, Arbeit und Zeit im Bundesvorstand und im SDS allgemein ein, SDS als einer der Hauptakteure, und im Gegensatz zu anderen Studierendenverbänden sind wir kontinuierlich dabei und konnten viele Zeichen setzen.

Jens setzt fort: der aktuelle BuVo besteht zu einem großen Teil aus „Neulingen“, geht auf die Arbeitsgruppen ein die gut funktionieren. Vernetzung in Bündnissen funktioniert gut und sollte weiter fortgeführt werden, Scharnierfunktion des SDS weiterhin wichtig.

Es ist uns gelungen, auch in die öffentliche Wahrnehmung hineinzudringen und Themen zu setzen. Kampagnen wie „Rent a Rüttgers“ und die Glücksfee. Herzliches Willkommen an die neue Gruppe aus Wien! Auch an weiteren Hochschulstandorten gibt es Bestrebungen, neue HSGen zu gründen.

Bologna-Konferenz gegen große Widerstände durchgesetzt und mit dem Gegengipfel den „Schavahnsinn“ kritisiert.

Bildungsstreik befindet sich in einem Transformationsprozess.

Schwächen: Durch hohe Einbindung in viele Kampagnen gibt es Schwächen in der Gruppenbetreuung und fehlende direkte Kontakte, doch durch die AG GruKa und Loren Balhorn gibt es Fortschritte.

Unser Ziel, einen flächendeckenden sozialistischen Studierendenverband aufzubauen wurde weiter verfolgt, ist jedoch noch nicht erreicht.

Gruppen vor Ort müssen in Zukunft viel stärker in den Fokus rücken.

## **6. Rechenschaftsbericht der Geschäftsführung**

Steffi berichtet für die GeFü: Unser Engagement im Bündnis Dresden Nazifrei war erfolgreich und hat zur erfolgreichen Blockade der Nazis beigetragen. Intervention in die Partei (gemeinsame Plakatierungsaktion) hat gut funktioniert und für mehr öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt.

SDS wird als mobilisierungsfähiger Akteur im Spektrum des zivilen Ungehorsams wahrgenommen und auch darauf angesprochen – Beispiel Castor-Transport-Blockaden.

Es gibt uns noch! Und wir sind weiter aktiv und wachsen!

In den letzten drei Jahren extrem viel erreicht, Auswertung kommt manchmal zu kurz und das „kollektive Gedächtnis“ funktioniert nicht immer wie gewünscht, wir müssen da einen anderen Umgang finden, um potentielle Wissenshierarchien abzubauen.

Steffi verabschiedet sich aus dem Amt und freut sich darauf, uns weiterhin aus anderer Perspektive zu begleiten.

Der BuVo bedankt sich und überreicht ein Präsent.

## 7. Diskussion und Nachfragen zu den Rechenschaftsberichten

- Finanzen, Planaufstellung?
- Quartalsweiser Zwischenbericht zu Ausgaben und Einnahmen wäre hilfreich.
- Was sind BAKs?
- Wir sollten uns darüber klar werden, ob es richtig ist, dass wir (und besonders der BuVo) uns in so vielen Kampagnen beteiligen.
- Individualmitgliedschaft wichtig, Protokoll vom BuKo in Potsdam endlich aufgetaucht.
- Praxisorientierung dominiert über die Theoriearbeit im Verband, Diskussion darüber nötig.
- Lokale Fördererkreise für einzelne Hochschulgruppen sind ein potentiell sehr wirksames Instrument zur materiellen Unterstützung unserer Arbeit an den einzelnen Hochschulen und zur Verankerung in der lokalen Politik. Entlasten zudem den Bundesverband.

Stellungnahmen und Antworten der GeFü und des BuVo zu den Fragen:

- BAKs sind Bundesarbeitskreise, die zu bestimmten Themengebieten arbeiten.
- Finanzbudget: letztes Jahr 115TSD €, davon 120TSD ausgegeben (Kongresse, Mieten, Fahrtkosten, GruKa und GeFü, Publikationen). Schulden bei der Linksjugend werden in zwei Raten zurückgezahlt.
- Dieses Jahr 133TSD €, bislang 25% ausgegeben, Einnahmen durch Broschüren etc. bislang nicht so hoch wie erhofft, Oscar sucht nach neuen Geldquellen und freut sich über Ideen.
- Jährliche Kassenprüfung gemeinsam mit Linksjugend durch Finanzrevision.
- Wir sollten uns nach unabhängigen Finanzquellen umsehen (Bsp. Landesverbände, Individualmitgliedschaften)
- Fördererkreis demokratische Volks- und Hochschulbildung kann sowohl bundesweit als auch auf lokaler Ebene Unterstützung leisten. Nebenbei: der Fördererkreis richtet noch zwei weitere Seminare im November aus,
- Wir gehen aus den Bündnissen immer gestärkt heraus, auch wenn die Arbeit manchmal viele Kräfte bindet
- Finanzhaushalt sollte nicht auf dem BuKo diskutiert werden, die Idee mit den Quartalsberichten wird dankend aufgenommen. Eine kurze Übersicht könnte auf den BuKoe jedoch vorgestellt werden.
- Debatte zu Schavans Büchergeld notwendig.
- Zum Verhältnis SDS-Linksjugend wird es nach unserer BuVo-Wahl ein gemeinsames Vorstandstreffen geben, außerdem wird eine gemeinsame AG Satzung eingerichtet, die im April 2011 einen Entwurf vorlegen soll.

Politische Entlastung des Vorstandes und der GeFü.

Der BuVo wurde ohne Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen entlastet.

Die GeFü wurde bei wenigen Enthaltungen ohne Gegenstimmen entlastet.

## 8. Generaldebatte zum Leitantrag

GO-Antrag: Erweiterung des Tagespräsidiums: Julia Dück, Ole Guinand, Jens, Veronika, Julia Meier

Bei drei Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.

Hans Reuter einstimmig als Protokollant bestätigt.

Grußwort von der Linksjugend:

**Jasper** (BSPR Linksjugend[<sup>solid</sup>]) begrüßt die Debatte um das Verhältnis der Schwesterverbände, betont die Wichtigkeit gemeinsames Agierens.

Grußwort von **Alex** (Gruppe „Soziale Kämpfe“)

Die Krise fordert europaweite Solidarität linker Kräfte, gerade bei einer Zuspitzung der Krise dürfen wir nicht nur reaktiv auf neoliberale Angriffe antworten, sondern müssen aktiv gesellschaftlichen Protest aufbauen, stärken und verbreitern. Dabei müssen wir in den verschiedenen Bündnissen zusammenstehen. Auch in Zukunft sind viele weitere Aktionen geplant, im Herbst brauchen wir eine neue Qualität von Protest, wie dieser aussehen soll muss von Seiten der sozialen Bewegungen diskutiert werden, um gemeinsam erfolgreich mobilisieren zu können.

Der Leitantrag wird für den BuVo durch Friederike eingebracht, danach Generaldebatte.

Zwischendurch Grußwort von **Luc Jochimsen** (Bundespräsidentenskandidatin):

Sie kandidiert gegen Gauck und Wulff, weil sie als Wahlfrau auf keinen Fall weder den einen noch den anderen wählen kann – auch nicht im dritten Wahlgang. Die Visionen, die von der Linksfraktion in den Bundestag eingebracht und immer niedergestimmt werden, werden aber auf der Straße gehört, aufgenommen und weitergedacht. Diese Visionen sind wichtig und könnten mit Luc als Bundespräsidentin verstärkt in die mediale und öffentliche Wahrnehmung gerückt werden.

Die wichtigste Vision ist dabei Frieden – sowohl nach innen als auch nach außen!

Neben dem Rückzug aus Afghanistan muss auch die Gesellschaft in Deutschland friedlicher werden. Durch Rüstungsexporte und Kleinwaffenindustrie ist Deutschland an vielen Kriegen indirekt beteiligt. Diese Exporte müssen nicht geregelt oder kontrolliert sondern gänzlich abgeschafft werden. Außerdem fordert sie ein Werbeverbot für die Bundeswehr an Schulen, stattdessen brauchen wir Friedenserziehung und Konfliktlösungstraining.

Der Gauck'sche Freiheitsbegriff ist falsch, er schützt die Privilegierten und vernachlässigt die benachteiligten Bevölkerungsschichten, denn ohne soziale Gerechtigkeit und Sicherheit kann die versprochene Freiheit nicht gelebt werden sondern besteht nur auf dem Papier.

Luc sieht sich als Schirmherrin für die Schwachen und sie wünscht sich mehr Vereinigung von West und Ost in den Köpfen, damit aus der gemeinsamen und getrennten Vergangenheit gelernt werden kann.

Kurze Fragerunde zu Luc Jochimsen, dann weiter in der Generaldebatte.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste nach dem nächsten Redebeitrag.

Nach Gegenrede mit 10/13/2 abgelehnt.

GO-Antrag: Diskussion zeitlich bis 17:30 Uhr begrenzen.

Nach Gegenrede bei 3 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Anschließend werden die Änderungsanträge vorgestellt.

ÄA 1.12 (Liste LINKS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen.

ÄA 1.5 (Liste LINKS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen

ÄA 1.6 (Liste LINKS Hamburg)

Till bringt den Antrag ein.

Gegenrede durch Ben Stotz.

Mit 9/15/6 abgelehnt

ÄA 1.11 (Linke.SDS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen.

ÄA 1.7 (Liste LINKS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen.

ÄA 1.10 (Klaus Henning)

Vom Antragsteller übernommen.

ÄA 1.1 (SDS.Die Linke HU Mitte)

Julia bringt den Antrag ein.

Gegenrede durch Jana Werner.

GO-Antrag: auf 10 Minuten begrenzte Debatte.

Nach Gegenrede mehrheitlich bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

ÄA 1.1 wird abgestimmt.

Mit 19/9/3 angenommen.

ÄA 1.14 (Liste LINKS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen.

ÄA 1.13 (Liste LINKS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen.

ÄA 1.2 (SDS.Die Linke HU Mitte)

Julia Dück stellt den Antrag vor.

Gegenrede durch Florian Wilde.

Bei 7 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Die folgenden drei ÄA betreffen den selben Absatz und werden vor der Abstimmung gemeinsam vorgestellt.

ÄA 1.3 (SDS.Die Linke HU Mitte)

Anne-Kathrin Krug bringt den Antrag ein.

Gegenrede durch Ben Stotz.

ÄA 1.8 (Liste LINKS Hamburg)

Till bringt den Antrag ein.

Gegenrede durch Sascha Collet.

ÄA 1.9 (Liste LINKS Hamburg)

Vom Antragsteller übernommen

Dann Abstimmung der Anträge nach Tragweite der Änderungen.

ÄA 1.3 mit einigen Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen.

Die anderen Anträge erübrigen sich.

ÄA 1.4 (SDS.Die Linke HU Mitte)

Anne-Kathrin Krug bringt den Antrag ein.

Gegenrede durch Friederike Benda.

Mit 16/12/3 angenommen.

GO-Antrag: Nach drei Abschnitten geordnet getrennt abstimmen.  
Von den Antragstellern zurückgezogen.

Der geänderte Leitantrag wird abgestimmt.  
Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme angenommen.

GO-Antrag: Streichung der Workshops  
Nach Gegenrede bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

GO-Antrag: Änderung der Tagesordnung: Zeitverschiebung und Pausenverkürzung.  
Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen.

## **9. Die „critica“ – zur Arbeit mit einer sozialistischen Studierendenzeitung**

Jonas und Ole stellen die critica, die Zielgruppe, die Inhalte und mögliche Ideen für die Zukunft vor und werben für den Workshop am Sonntag.

Anschließend kurze offene Debatte.

## **10. Antragsbehandlung**

### A2 Antimilitarismus

Julia Hillebrand vom BAK AuF bringt den Antrag ein.

ÄA 2.1 (Liste LINKS Hamburg)  
von den Antragstellern übernommen.

Der geänderte Antrag A2 wurde nach Fürrede bei einer Enthaltung angenommen.

### A7 Finanzielle Unterstützung der Landesverbände

### A9 Gründung von Landesverbänden

Vorschlag der Antragskommission:

A7 und A9 in begrenzter Debatte (10 Minuten) gemeinsam behandeln

GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung von 2 Minuten bei etlichen Enthaltungen mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Tupac bringt den Antrag A7 ein.

Jens Liedtke bringt den Antrag A9 ein.

Danach begrenzte Debatte.

A9 Bei wenigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen angenommen.

A7 mit 15/15/4 abgelehnt.

GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung von 2 Minuten bei einer Enthaltung und 3 Gegenstimmen angenommen.

### A5 Gaza-Resolution

Almut Woller bringt den Antrag ein.

Danach begrenzte Debatte.

ÄA 5.1

Ferdinand bringt seinen Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede bei drei Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

ÄA 5.2 (Liste LINKS Hamburg)  
Till bringt den Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede mit 11/13/5 abgelehnt.

ÄA 5.8 (Die Linke.SDS Jena)  
Malte bringt den Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede bei 3 Fürstimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt.

ÄA 5.3 (Liste LINKS Hamburg)  
Von den Antragstellern übernommen.

ÄA 5.4 (Liste LINKS Hamburg)  
Till bringt den Änderungsantrag ein.  
Bei 11/10/einige angenommen.

GO-Antrag auf Rückholung des Antrages bei einigen Enthaltungen angenommen.  
Antrag vom Antragsteller zurückgezogen.

ÄA 5.9 (Die Linke.SDS Jena)  
Malte bringt den Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede mit 13/12/6 angenommen.

ÄA 5.10 (Die Linke.SDS Jena)  
Von den Antragstellern übernommen.

ÄA 5.7 (Die Linke.SDS Leipzig)  
Die Antragsteller bringen den Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen.

ÄA 5.5 (Liste LINKS Hamburg)  
Zurückgezogen.

ÄA 5.6 (Liste LINKS Hamburg)  
Till bringt den Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede bei vier Fürstimmen und vielen Enthaltungen abgelehnt.

ÄA 5.11 (Die Linke.SDS Jena)  
Die Antragsteller bringen den Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede bei 5 Fürstimmen und sehr vielen Enthaltungen abgelehnt.

GO-Antrag: Abstimmung des ÄA 5.5  
Ohne Gegenrede angenommen

ÄA 5.5 (Liste LINKS Hamburg)  
Bei 2 Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Abstimmung des geänderten A2 Antimilitarismus:  
Bei drei Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Almut bedankt sich für die Zustimmung, die konstruktiv-kontroverse Debatte und hofft, dass wir uns auch nach der Abstimmung alle ohne schlechtes Gewissen in die Augen schauen können.

GO-Antrag: Änderung der TO: jetzt Nachwahlen zur Bundesgeschäftsführung und gleichzeitige Abstimmung von Anträgen. Morgen um 9:30 Uhr Wahlen zum BuVo, danach Workshops.  
Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

## **11. Wahl der Wahlkommission**

Vorschläge für die Wahlkommission:  
Hannes Draeger, Klaus Henning, Anna Thiemann  
Wahlkommission bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen bestätigt.

## **12. Wahl der Mandatsprüfungskommission**

Für die Mandatsprüfungskommission des 6. SDS-BuKo in Köln kandidieren  
Anna Thiemann  
Alexander Schröder  
Einstimmig angenommen.

## **13. Nachwahlen zur Bundesgeschäftsführung, Antragsbehandlung**

Kandidatinnen: Almut Woller (SDS Leipzig)  
Kandidatinnenaufruf: keine weiteren Kandidaturen.  
Die Liste wird geschlossen.  
Almut stellt sich vor. Siehe auch Kandidatur im Antragsheft.  
Danach Zeit für Nachfragen.

Die Wahlkommission führt den Wahlgang durch.  
Während der Auszählung Antragsbehandlung.

[A3](#) Luxemburg lesen.

GO-Antrag auf 10-minütige Debatte ohne Gegenrede angenommen.

Oscar bringt seinen Antrag ein.  
Danach begrenzte Debatte.

ÄA 3.1 (Die Linke.SDS Darmstadt)  
Die Antragsteller bringen ihren Änderungsantrag ein.  
Nach Gegenrede mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag A3 wird abgestimmt:  
Mit großer Mehrheit angenommen.

Bericht der Wahlkommission:  
32 abgegebene Stimmen, davon zwei Enthaltungen, eine ungültig:  
Almut: 29 Stimmen.

Damit ist Almut gewählt, sie nimmt ihre Wahl an.

[A11](#) Zusammenarbeit mit Jugendorganisation in Frankreich  
wird von den Antragstellern eingebracht.

ÄA 11.1

wird von den Antragstellern eingebracht.  
Angenommen.

Der geänderte A 11 wird abgestimmt.  
Bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.

[A10](#) Dresden 2011

wird von den Antragstellern eingebracht.  
Bei einer Enthaltung angenommen.

[A8](#) Seminar Gruppenhomepage

wird von den Antragstellern eingebracht.  
Bei einer Enthaltung und wenigen Gegenstimmen angenommen.  
Es sollte auch über die Bundeshomepage gesprochen und ein Leitfaden erstellt werden.

[A4](#) LiMa

wird von den Antragstellern eingebracht.  
Einstimmig angenommen.

## **14. Wahlen zum Bundesvorstand**

Feststellung der Beschlussfähigkeit

20 Delegierte anwesend, damit ist der BuKo beschlussfähig

Die KandidatInnenlisten werden geöffnet  
je 5 Plätze auf der Frauenliste und der gemischten Liste zu wählen.

Auf der Frauenliste kandidieren:

Anna-Lena Schnaudt

Judith Benda

Julia Dück

Franziska Lindner

Friederike Benda

Die Kandidatinnen stellen sich vor.

Danach Zeit für Nachfragen.

Die Liste wird geschlossen.

Die Wahlkommission führt die Wahl durch.

Simon Zeise gibt währenddessen einen Überblick über die kommende Herbstakademie.  
Außerdem weitere kurze organisatorische Informationen.

Während der Auszählung stellen sich die KandidatInnen der gemischten Liste vor.  
Danach Zeit für Nachfragen.

Die Wahlkommission stellt die Ergebnisse vor:

24 Stimmen, 0 Enthaltungen:

Anna-Lena Schnaudt: 23 Stimmen, 96%

Judith Benda: 20 Stimmen, 83%

Julia Dück: 20 Stimmen, 83%

Franziska Lindner: 22 Stimmen, 92%

Friederike Benda: 20 Stimmen, 83%

Damit sind alle Kandidatinnen gewählt, alle nehmen ihre Wahl an.

Auf der gemischten Liste kandidieren:

Sascha Collet

Simon Zeise

Ben Stotz

Oskar Stolz

Jens Liedtke

Die Liste wird geschlossen.

Die Wahlkommission führt die Wahl durch.

Währenddessen dankt Flo dem scheidenden BuVo für seine Arbeit.

Die AG GruKa wird von Loren vorgestellt. Er wirbt um weitere Beteiligung an der AG.

Die Themen der gleich folgenden Workshops werden kurz angerissen.

Weitere organisatorische und sonstige Informationen.

Die Wahlkommission stellt die Ergebnisse vor:

27 Stimmen, 0 Enthaltungen:

Sascha Collet: 24 Stimmen, 89%

Simon Zeise: 24 Stimmen, 89%

Ben Stotz: 16 Stimmen, 59%

Oskar Stolz: 26 Stimmen, 96%

Jens Liedtke: 21 Stimmen, 78%

Damit sind alle KandidatInnen gewählt, alle nehmen ihre Wahl an.

## **15. Workshopphase I**

Die AG GruKa bietet zwei Workshops an:

Basisworkshop „Gruppenleben und Gruppenorganisation“

Weiterführender Workshop „Aktivierung und Mitgliedergewinnung.“

## **16. Workshopphase II**

Die verschiedenen BAKs und AGs führen ihre Workshops durch.

BAK AuF, critica, AG Kritische Wissenschaften, critica, AG Feminismus,

Geschlechterverhältnisse, Gleichberechtigung, Genderfragen

## **17. Abschluss des Bundeskongresses und Schlusswort**

Der neue BuVo verabschiedet die Delegierten.

Till verliest ein Schlusswort.

Die Tagesleitung schließt den BuKo und wünscht gute Heimreise.

## **18. Weitere Anträge, Vertagungen**

Aus dem letzten BuKo vertagt, aber hier nicht behandelt:

[S8](#)

[S9](#)

Folgende Anträge wurden auf dem letzten BuKo an den Bundesvorstand verwiesen:

[P9](#)

[P10](#) samt ÄA [P10.1](#)

[P12](#) samt ÄA [P12.1](#)

## 19. Anhang

## 20. Formale Anträge

Antrag F1

### Tagesordnung

#### Freitag, 18.06.

19:00 Anreise/Anmeldung

20:00 Podium: „Die Linke.SDS und die Programmdebatte“.

Mit Nele Hirsch (Mitglied der Programmkommission und Parteivorstand),

Benjamin Hoff (Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin), Florian Wilde (Geschäftsführer Die Linke.SDS).

*2010 wurde der erste Programmentwurf für ein Parteiprogramm der LINKEN vorgelegt. Als parteinaher Studierendenverband wollen wir uns einbringen und überlegen, an welchen Punkten wir in die Programmdebatte eingreifen wollen und wo die Knackpunkte aus Sicht von Die Linke.SDS liegen.*

22:00 Fest der Linken

#### Samstag, 19.06.

9:00 Frühstück

10:00 **TOP 1 Begrüßung (Berliner SDS, Bundesvorstand)**

- Beginn der Delegiertenversammlung
- Formalia
- Wahl der Arbeitsgremien

10:15 Grußworte

10:30 Podium: „Sozialistische Organisation an der Hochschule von gestern bis heute- MSB, SHB, Linke.SDS – Wo können wir heute anknüpfen?“

Mit Ferencz Benda (ehem. ADS),

Wolfgang Gehrcke (ehem. MSB Spartakus),

Oskar Stolz (Die Linke.SDS)

12:00 **TOP 2 Rechenschaftsberichte**

- Bundesvorstand
- Geschäftsführung

- 12:50 Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 13:00 *Mittagessen*
- 14:00 **TOP 3 Generaldebatte**
- Vorstellung und Behandlung des Leitantrags: „Be organized! – Sozialistische Organisation in Bewegung(en)“
- 16:10 Die „critica“ - zur Arbeit mit einer sozialistischen Studierendenzeitung.
- Input der Redaktion und Debatte.
- 16:40 **TOP 4 Antragsberatung**
- 18:00 Workshopphase I
- Bundesweite Kampagnen und lokale Gruppenarbeit – was ist hierbei wichtig?!
- 19:30 Abendessen
- 20:30 **TOP 5 Nachwahlen zur Bundesgeschäftsführung**
- 22:00 Ende und Party der linksjugend [‘solid] beim Fest der Linken

### **Sonntag, 20.06.**

- 9:00 Frühstück
- 10:00 **TOP 6 Wahlen zum Bundesvorstand**
- 11:30 **Fortsetzung TOP 4 Antragsberatung**
- 13:30 Workshopphase II
- BAK AuF, critica, AG Kritische Wissenschaften, BAK Antifa stellen sich und ihre geplanten Projekte vor
- 13:30 **TOP 7 Verabschiedung**
- Ende der Delegiertenversammlung
  - Aufräumen und Abreise

## Antrag F2

### **Geschäftsordnung**

#### **I. Arbeitsgremien**

(1) Der Bundeskongress wählt als Arbeitsgremien in offener Abstimmung und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, jeweils im Block:

- ein Tagungspräsidium,
- eine Mandatsprüfungskommission,
- eine Antragskommission,
- eine Wahlkommission.

(2) In den Arbeitsgremien darf jeweils maximal eine Person mehr männlich als weiblich sein.

(3) Der Bundeskongress wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

#### **II. Allgemeine Verfahrensregeln**

(4) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Bundeskongresses in dieser Reihenfolge beschlossen.

(5) Rederecht haben die angemeldeten Delegierten, Mitglieder von DIE LINKE.SDS, Mitglieder der Hochschulgruppen von DIE LINKE.SDS, Mitglieder von assoziierten Hochschulgruppen, sowie die Mitglieder der Arbeitsgremien des Bundeskongresses. Gästen des Bundeskongresses kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden.

(6) Die Tagungsleitung

- ruft die Tagesordnungspunkte und
- die dazugehörigen Anträge auf,
- leitet die Beschlussfassung,
- erteilt das Wort,
- kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Ende der Redezeit einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

(7) Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium anzuzeigen. Bei Wortmeldungen sind Name und gegebenenfalls delegierende Hochschulgruppe anzugeben. Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben.

(8) Das Tagungspräsidium entscheidet unter Berücksichtigung des Eingangs der Wortmeldungen und dem Prinzip der geschlechterquotierten Redelisten über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Anstelle des Eingangs der Wortmeldungen kann das Tagungspräsidium die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner durch Los bestimmen.

(9) Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(10) Die Redezeit beträgt in der Regel drei Minuten für jede Rednerin und jeden Redner, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt.

(11) Der Bundeskongress kann Aussprachen und Antragsdebatten zeitlich befristen.

(12) Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundeskongresses mit Rederecht können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen zur Richtigstellung abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt drei Minuten.

(13) Durch das Tagungspräsidium ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen. Das Ergebnisprotokoll ist innerhalb von vier Wochen den Delegierten zuzustellen. Die Beschlüsse des Bundeskongresses sind innerhalb von vier Woche in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

### **III. Beschlussfassung allgemein**

(14) Der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der angemeldeten Delegierten anwesend ist.

(15) Stimmrecht haben die angemeldeten Delegierten.

(16) Beschlüsse des Bundeskongresses werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern diese Geschäftsordnung oder die Satzung Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS nicht anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Der Beschluss über die Satzung von DIE LINKE.SDS wird mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefasst.

(17) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen und durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium kann zur Auszählung der Stimmen Zähler einsetzen. Der Bundeskongress kann mit einfacher Mehrheit die geheime Abstimmung beschließen.

#### **IV. Antragsberatung**

(18) Antragsberechtigt sind alle Mitglieder von DIE LINKE.SDS, alle Mitglieder einer Hochschulgruppe von DIE LINKE.SDS, alle Mitglieder einer assoziierten Hochschulgruppe von DIE LINKE.SDS sowie alle Gremien, Hochschulgruppen, Landesverbände und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften von DIE LINKE.SDS.

(19) Anträge sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen. Antragsschluss ist für satzungsändernde Anträge der 15. Mai 2009 um 23.59 Uhr und für sonstige Anträge der 22. Mai 2009 um 23.59.

(20) Nach Antragsschluss können nur noch Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Diese bedürfen der Unterschrift von zehn Prozent der angemeldeten Delegierten. Über ihre Behandlung entscheidet die Konferenz.

(21) Fristgemäß eingereichte Anträge sind von dem Bundeskongress zu behandeln oder zu überweisen.

(22) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereicherter Anträge und sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen. Für Änderungsanträge kann von dem Bundeskongress auf Vorschlag der Antragskommission ein Antragsschluss beschlossen werden. Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin kann Änderungsanträge übernehmen, sofern kein Delegierter bzw. keine Delegierte Widerspruch anzeigt.

(23) Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin hat das Recht, Anträge vor dem Bundeskongress zu begründen.

(24) Anträge und Änderungsanträge sind dem Bundeskongress durch die Antragskommission in geeigneter Reihenfolge zur Abstimmung zu stellen oder zur Überweisung vorzuschlagen.

(25) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.

(26) Anträge zur Geschäftsordnung dürfen sich ausschließlich mit dem Ablauf der Konferenz befassen und werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Vor ihrer Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst für und dann gegen den Antrag das Wort. Die Antragsbegründung zählt als Fürrede. Antragsberechtigt zur Geschäftsordnung sind alle Personen mit Rederrecht nach Absatz (5) dieser Geschäftsordnung.

(27) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Für- und Gegenrede sofort abzustimmen.

(28) Der Antrag auf Beendigung der Debatte kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur antragsberechtigte Personen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht in der Sache gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

(29) Abweichungen von dieser Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn keine stimmberechtigte Teilnehmerin bzw. kein stimmberechtigter Teilnehmer dagegen Widerspruch erhebt.

## 21. Leitantrag

### Antrag A1

#### **Be organized! – Sozialistische Organisation in Bewegung(en)**

EinreicherInnen: Bundesvorstand DieLinke.SDS

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

##### **ÄA 1.12 Liste LINKS Hamburg**

Füge zu Beginn folgenden neuen Absatz ein:

„Die Praxis der ungebremsten Unterwerfung aller menschlichen Lebenstätigkeit unter das Verwertungsprinzip hat global in eine tiefe Krise geführt. Diese Politik ist umfassend gescheitert.

Zu Beginn dieser Krise wurde noch stark auf die „Stabilisierung“ gesetzt, also auf das Festhalten an den Verhältnissen, welche die Krise hervorgebracht haben. Dies hat uns eine schwarz-gelbe Bundesregierung beschert.

Inzwischen jedoch wächst der allgemeine Unmut erheblich. Immer deutlicher tritt hervor, daß die soziale Ungleichheit die wesentliche Ursache für die meisten gesellschaftlichen Alltagsprobleme ist; daß Kriegsführung und soziale Zerstörung, Arbeitshetze und kulturelle Einschränkungen sowie eine entsprechende Gereiztheit ihre politische Herkunft im neoliberalen Kommando haben. Dies spiegelt sich auch in sinkenden Umfragewerten von CDU und FDP.

Jeder weitere Versuch neoliberaler Antworten (z.B. „Sparpakete“) wird die Entwicklungs- und Legitimationskrise des Kapitalismus nur verschärfen.

Die Möglichkeiten eines politischen Richtungswechsels zu Frieden, sinnvoller Arbeit, Bildung und Kultur für Alle sind daher immens.

Dafür ist maßgeblich, daß es gelingt, den passiven Unmut in aktive Gegenwehr mit fortschrittlicher Perspektive zu wenden.

Der SDS hat dabei eine hohe Bedeutung. Zum einen hat sie diese als sozialistische Organisation und damit der Perspektive der prinzipiellen Alternative; zum anderen als hochschulische Organisation, weil die sozialen Grundkonflikte sich in den Institutionen der Wissenschaft im Streit um „Humankapital“ oder Emanzipation besonders zuspitzen.“

Die Linke.SDS streitet für die Kontinuität der erfolgreichen Bildungsproteste der letzten Semester und arbeitet weiterhin in bundesweiten und regionalen Bildungstreikbündnissen mit. Wir treten jedoch der drohenden Ritualisierung der Bildungstreikproteste entgegen. Stattdessen begleiten wir als sozialistische Kraft die Erweiterung und Zuspitzung der Forderungen und bringen eine mittel- und langfristige Perspektive

### **ÄA 1.5 Liste LINKS Hamburg**

Ersetze „Forderungen“ durch:

„Ansprüche“

der Streikvorbereitung 2011 ein. [ÄA 1.11] Zudem setzen wir uns angesichts der Krise für die Verbindung

### **ÄA 1. 11 Linke.SDS Hamburg**

Füge ein hinter „und langfristige Perspektive der Streikvorbereitung 2011 ein.“:

„Eine Schwäche der Bildungstreikbewegung war, dass die theoretische Überzeugung und das Wissen was, wie erreicht werden soll nicht überall im Fokus stand. Wir sehen eine der Aufgaben des SDS darin hierbei durch inhaltlich fundiertes Mitarbeiten und Analysieren gesellschaftlicher, bildungspolitischer Zustände dazu beizutragen, den argumentativen Prozess standfester und langfristig belastbarer in gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu machen. Hierfür ist die Arbeit der AG Kritische Wissenschaften ein guter Anfang, es bedarf jedoch der breiteren Beschäftigung mit grundlegenden Texten/Quellen. Dafür sollte der SDS als qualitativ ernsthafter Akteur in Bildungs- und Gesellschaftsfragen ein wichtiger Bezugspunkt sein. Konkret sollte der SDS viel stärker wichtige Materialien (Texte, Bücher etc.) als Angebot für alle SDS-Gruppen und andere Interessierte öffentlich zugänglich machen (Homepage). Dies wird die angestrebte Qualifizierung der Basisgruppen erleichtern und eine Quantifizierung, die sich nicht in erster Linie auf Mitgliederzahlen, sondern die Stärkung ideeller Hegemonie im kulturellen und politischen Diskurs auf dem Campus bezieht befördern. Auch die Arbeit von uns und anderen in den demokratischen Gremien der Verfassten Studierendenschaften muss dabei als Teil politischer Bildungsarbeit nach innen und außen begriffen werden, die Information und damit Glaubwürdigkeit fördert.“

### **ÄA 1.6 Liste LINKS Hamburg**

Ersetze „Streikvorbereitungen 2011“ durch:

„Vorbereitung der Proteste in 2011“

von Bildungs- und Sozialprotesten ein, wie z.B. gegen das Sparpaket der Bundesregierung und Kürzungen auf Länderebene. Dazu arbeiten wir auch an einer Verbindung zwischen Krisen- und Bildungstreikbündnissen. Wir werben an den Hochschulen für eine studentische Beteiligung an den Sozialprotesten **[ÄA 1.7]** und

### **ÄA 1.7 Liste LINKS Hamburg**

Füge nach „Beteiligung an den Sozialprotesten“ ein:

„und der Friedensbewegung“

treten allen Versuchen einer Spaltung der Betroffenen entgegen - etwa durch die Ankündigung der Bundesregierung, den Bildungsbereich aus ihren Sparorgien auszunehmen, während viele Landesregierungen gleichzeitig massive Bildungskürzungen vornehmen. [ÄA 1.10]

### **ÄA 1.10 Klaus Henning**

Ergänze nach „massive Bildungskürzungen vornehmen.“:

„Darüber hinaus beteiligen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten an lokalen Auseinandersetzungen an den Hochschulen und in den Fachbereichen.“

Die Linke.SDS steht für ein gesamtgesellschaftliches Konzept, in dem das Bildungssystem nicht ohne die soziale Dimension zu denken ist und Bildung als ein Recht für alle verstanden wird. Für dieses Recht wollen wir kämpfen, genauso wie gegen jede Art von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung. So soll der Verband weiterhin in seiner Themenwahl plural und offen bleiben.

Wir legen weiterhin einen großen Wert auf die Verbindung von Theorie und Praxis, wie beispielsweise durch die Beschäftigung mit kritischen Wissenschaften, Marx oder anderen Theorien auf der einen Seite und kreativen Aktionen, Bündnisarbeit etc. auf der anderen. Daran soll weiterhin festgehalten werden. Das bedeutet jedoch auch, dass der Verband explizit Möglichkeiten für eine theoretische und praktische Weiterbildung seiner Mitglieder schafft. So sollen inhaltliche Projekte wie die Bundesarbeitskreise (AG KriWi, Bak AuF, ...) finanziell und organisatorisch unterstützt werden, aber auch Austauschmöglichkeiten für aktivistische Politik, Bündnisarbeit etc. geschaffen werden.

Konkret heißt das: Die Herbstakademie soll einen Raum schaffen, der eine inhaltliche wie strategische Diskussion und Orientierung ermöglicht. Die Entscheidung über die politische Arbeit des Verbandes im kommenden Semester soll in einem möglichst großen Kreis von Mitgliedern getroffen werden. Im Rahmen der Herbstakademie wird es daher ein Zeitfenster für eine Diskussion über die zukünftige Arbeit und Schwerpunktsetzung des Verbandes und seiner Projekte im kommenden Semester geben. Dort werden Vorschläge für die weitere Arbeit in Bündnissen, Kampagnen, Projekte, Kongresse etc. erarbeitet und auf dem nächsten Bundeskongress zur Abstimmung gestellt.

Um in der jetzigen, krisengeprägten Zeit gesellschaftliche Widersprüche aufzuzeigen und sozialistische Inhalte zu verankern ist eine starke gesellschaftliche Linke notwendig – darin brauchen wir einen stärkeren Studierendenverband Die Linke.SDS. Ein stärkerer Verband bedeutet quantitative und qualitative Stärkung der lokalen Gruppen sowie ihre demokratische Einbindung in Verbandsentscheidungen.

Um dies zu erreichen, brauchen wir eine Diskussion über verschiedene Gruppenpraktiken, die Leute

zum Mitmachen motivieren. [ÄA 1.1] Kern der Praxis jeder Gruppe könnte bspw. ein regelmäßiges, am besten

#### **ÄA 1.1 SDS.Die Linke HU Mitte**

Füge zwischen „zum Mitmachen motivieren.“ und „Kern der Praxis jeder Gruppe...“ ein:

Dabei sollen die verschiedenen Gruppenpraktiken gleichberechtigt nebeneinander existieren können. Eine Sammlung der unterschiedlichen Modelle soll den Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

wöchentliches Gruppentreffen mit politischen Diskussionen sein. Zur Unterstützung der Diskussionen und als Erleichterung für die neuen Aktiven könnten Texte zum jeweiligen Thema der Gruppensitzungen im Vorfeld des Treffens über die Verteiler verschickt und von allen gelesen werden. Als besonders sinnvoll hat sich eine systematische Semesterplanung erwiesen, um mit ansprechenden Materialien sowie konkreten

#### **ÄA 1.14 Liste LINKS Hamburg**

Streiche „konkreten“.

Orten und Terminen kontinuierlich im Semester präsent zu sein. Als ein weiteres Element der Gruppenpraxis versuchen wir regelmäßige öffentliche Veranstaltungen im Semester zu organisieren und auf dem zu Campus bewerben. Gut vorbereitete Veranstaltungen mit spannenden ReferentInnen, Diskussionen, Informations- und Organisationsangeboten verankern linke Themen und schaffen ein politisches Klima auf dem Campus. Zugleich machen sie den Verband vor Ort interessant und befördern ein lebendiges Gruppenklima. Dafür macht es ebenso Sinn, mit regelmäßigen Infotischen verstärkt mit KommilitonInnen außerhalb des Verbands in Kontakt [ÄA 1.13] zu kommen, unsere Gruppentreffen und

#### **ÄA 1.13 Liste LINKS Hamburg**

Ersetze „Kontakt“ durch:

„die politische Auseinandersetzung“

Veranstaltungen zu bewerben und für Demonstrationen und Aktionen zu mobilisieren.

Um uns auf die anstehenden Proteste gegen Kürzungen auf Länderebene vorzubereiten, können wir zudem die Landesverbände von Die Linke. SDS gründen und beleben sowie die landespolitische Vernetzung unterstützen.

Langfristiges Ziel des SDS ist eine massenhafte sozialistische Organisation an den Hochschulen

im Rahmen eines lokal verankerten und zugleich auch bundesweit handlungsfähigen Verbandes.

#### **ÄA 1.2 SDS.Die Linke HU Mitte**

Streiche „Langfristiges Ziel des SDS...“ bis „...bundesweit handlungsfähigen Verbandes.“

Als Kernelemente versteht der SDS (a) die Ermöglichung theoretisch-praktischer Weiterentwicklung und Selbstbefähigung seiner Aktiven, (b) ihre aktive und demokratische Einbindung in Entscheidungsprozesse und (c) die Gewinnung neuer Aktiver.

Als einen Schritt dorthin wollen wir in Zukunft AktivistInnen aus der Bildungstreikbewegung, die **durch die schwächere Mobilisierungskraft der Bewegung** vor der Frage nach dem „wie weiter“ stehen, für eine langfristige, systematische und strategisch bestimmte politische Arbeit an den Hochschulen **[ÄA 1.9]** innerhalb von Die Linke.SDS zu gewinnen.

#### **ÄA 1.3 SDS.Die Linke HU Mitte**

Ersetze „Als einen Schritt dorthin...“ bis „...innerhalb von Die Linke.SDS zu gewinnen.“ durch:

Als einen Schritt dorthin wollen wir in Zukunft mit unserer politischen Arbeit präsent sein, Menschen für linke Themen sensibilisieren, begeistern und zum politischen Engagement bewegen, (von Sparpaketen bis Klimawandel) sowie ihre Einbindung in die Entscheidungen des Verbandes aktiv betreiben. Wir wollen – mit möglichst vielen Menschen – für inhaltliche Ziele streiten, an denen sie selbst aktiv mitgewirkt haben.

#### **ÄA 1.8 Liste LINKS Hamburg**

Streiche „durch die schwächere Mobilisierungskraft der Bewegung“

#### **ÄA 1.9 Liste LINKS Hamburg**

Ergänze nach „Arbeit an den Hochschulen“:

„gegebenenfalls auch“

KommilitonInnen, die durch die Widersprüche unserer Welt (von Sparpaketen bis Klimawandel) ins Nachdenken kommen, für sozialistische Politik an der Hochschule begeistern und ihre Einbindung in die Entscheidungen des Verbandes aktiv betreiben. Wir wollen – mit möglichst vielen Menschen – für inhaltliche Ziele streiten, an denen sie selbst aktiv mitgewirkt haben.

Um diesem langfristigen Ziel näherzukommen setzen wir die Individualmitgliedschaft stärker um und formulieren den Anspruch eines starken sozialistischen Studierendenverbandes mit vielen hundert aktiven Mitgliedern.

#### **ÄA 1.4 SDS.Die Linke HU Mitte**

Streiche „Um diesem langfristigen Ziel näherzukommen...“ bis „...mit vielen hundert aktiven Mitgliedern.“

Damit die Beschlüsse des Bundeskongresses mehr sind als ein Appell, werden der Bundesvorstand und die AG Gruppenbetreuung und Kampagnenarbeit beauftragt, auf der einen Seite einen Austausch über die Gruppenpraxis – auch durch Besuche der Gruppen - zu organisieren und die Erstellung eines Pools von verschiedenen Modellen dieser zu ermöglichen. Und auf der anderen Seite sollen BuVo und AG GruKa an der Organisation der inhaltlich-strategischen Debatte über die weitere Arbeit des Verbands auf der Herbstakademie 2010 mitwirken sowie die Hochschulgruppen explizit zur Mitarbeit einladen.

#### **GO-Antrag SDS.Die Linke HU Mitte**

Die folgenden drei Abschnitte des Leitantrages werden getrennt voneinander abgestimmt:

- von „Die Like.SDS streitet...“ bis „...massive Bildungskürzungen vornehmen.“
- von „Um den großen Herausforderungen...“ bis „...die landespolitische Vernetzung voran.“
- von „Langfristiges Ziel des SDS...“ bis „...dieses Arbeitsprogramms zu helfen“.

#### Begründung:

Siehe Antragsheft I

## **22. Programmatische Anträge**

### Antrag A2

#### **Broschüre Krieg und Antimilitarismus**

EinreicherInnen: Julia Hillebrand (Berlin), Almut Woller (Leipzig), Jana Werner (Leipzig) für den BAK Antimilitarismus und Frieden

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Der Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden (BAK AuF) von Die Linke.SDS und Linksjugend [solid] erstellt eine Broschüre zum Thema Krieg und Antimilitarismus, die an Hochschulen und Schulen verteilt werden kann, um das antimilitaristische Profil unserer beider Verbände zu stärken und Aufklärungsarbeit über Militarisierung und Kriege zu leisten.

Der BAK AuF erstellt einen ReferentInnenpool, um den Gruppen die Durchführung von Veranstaltungen zu antimilitaristischen Themen zu erleichtern.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten streben wir auch eine inhaltlich fundierte und konstruktive Analyse und Diskussion über den Israel-Palästina-Konflikt an.

Der Bundesvorstand von Linke.SDS benennt eine/n AnsprechpartnerIn für den BAK AuF, der/die die Erstellung der Broschüre mit Linksjugend [solid] unterstützt und in Kontakt steht mit der jeweiligen Ansprechperson des BAK AuF im BSpR. Ziel ist es die Zusammenarbeit im Bereich Antimilitarismus zwischen SDS und Linksjugend [solid] zu koordinieren.

Der BAK AuF erstellt Materialien, die über Rüstungsforschung und Bundeswehrpräsenz an Hochschulen und Schulen aufklären.

Der SDS mobilisiert zur bundesweiten Konferenz zu den Themen Afghanistan und Antimilitarismus an der TU Berlin im Dezember 2010, die gemeinsam mit Aktiven aus Linksjugend solid, SDS und attac organisiert wird und beteiligt sich an der Fahrtkostenerstattung für die TeilnehmerInnen des SDS.

Der BAK AuF führt in Koordination mit antimilitaristischen Initiativen Aktionen durch, um Auftritte von Bundeswehr und Rüstungsforschung im öffentlichen Raum und an Bildungseinrichtungen zu stören [ÄA 2.1].

#### **ÄA 2.1 Liste LINKS Hamburg**

Ersetze „zu stören“ durch „zu verhindern und – soweit dies nicht gelingt – mit direkter kritischer Gegenposition zu kontrastieren.“

Antrag A3

**Rosa-Luxemburg aneignen! Theorie gemeinsam diskutieren.**

EinreicherInnen: Oskar Stolz (HU Berlin)

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Der Bundeskongress regt an, dass alle Hochschulgruppen in den kommenden Semesterferien (Aug-Okt) einen Lesekreis zu Rosa Luxemburg organisieren, in dem die Schrift "Sozialreform oder Revolution" und "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" gelesen und diskutiert wird.

### **ÄA 3.1 Die Linke.SDS Darmstadt**

Ersetze „einen Lesekreis zu Rosa Luxemburg...“ bis „...gelesen und diskutiert wird“ durch

„Lesekreise zu Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci, Georg Lukács und anderen MarxistInnen (kritische Theorie) zu organisieren und dabei die wichtigsten Werke im Original zu lesen und zu diskutieren.“

Der Bundeskongress regt die Gründung einer Vorbereitungsgruppe interessierter Linke.SDS-Mitglieder an, die Vorschläge für eine Textaufteilung und Lesehilfen erstellt.

Der Bundeskongress beauftragt den Bundesvorstand, alle mit dem Studierendenverband sympathisierenden Intellektuellen (Altvater, Demirovic, Deppe, etc.) und politischen Publikationen (Von "Analyse und Kritik" bis "Sozialismus") max. 1-2 DIN A4-Seiten Kommentar zum Gesamtwerk oder einzelnen Textpassagen beizutragen, um auf diese Weise die Lesekreise inhaltlich anzuregen und die interne Diskussion im SDS plural zu gestalten.

Der Bundeskongress beauftragt das Organisationskommittee der Herbstakademie den Rosa-Luxemburg-Lesekreisen Rechnung zu tragen und ein Forum für eine gemeinsame auswertende Verbandsdiskussion auf der Herbstakademie anzubieten.

Außerdem schlägt der Bundeskongress gleiches Verfahren dem BundessprecherInnenrat der linksjugend solid vor. Jugend- und Studierendenverband könnte so gemeinsam Theorie diskutieren.

Antrag A4

### **Linke Medienakademie 2011 unterstützen**

EinreicherInnen: Bundesvorstand Die Linke.SDS

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Die Linke.SDS unterstützt die Linke Medienakademie 2011, mobilisiert zu der Konferenz und bringt sich auch in die inhaltliche Ausgestaltung ein.

## Antrag A5

### Gaza-Resolution

EinreicherInnen: Leandros Fischer (Köln), Almut Woller (Leipzig)

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Seit 1967 leben die EinwohnerInnen des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens unter dem Besatzungsregime des israelischen Militärs. Seitdem haben die Vereinten Nationen immer wieder Resolutionen verabschiedet, in denen Israel aufgefordert wird, die Besatzung zu beenden; die besetzten und illegal annektierten Golanhöhen an Syrien zurückzugeben; die Besiedlung der palästinensischen Gebiete zu stoppen und alle bestehenden Siedlungen aufzulösen; die Mauer bzw. den Sperrzaun auf palästinensischem Land abzubauen; und eine gerechte Lösung für die 800.000 Flüchtlinge und deren Nachkommen zu finden, welche 1947/48 vertrieben wurden und bis heute darauf warten, ihr international anerkanntes Recht auf Rückkehr verwirklicht zu sehen. Diesen Resolutionen stimmten stets alle Länder der Welt zu mit Ausnahme Israels, teilweise der USA und zweier pazifischer Inselstaaten.

Die schreckliche und laut Völkerrecht illegale Blockade des Gaza-Streifens seit 2007 ist nur ein Teil der menschenverachtenden Politik der israelischen Regierung gegenüber der besetzten palästinensischen Bevölkerung. Durch die Abriegelung des Gaza-Streifens werden fast 1,5 Millionen Menschen kollektiv eingesperrt, die humanitäre Situation ist erschreckend, eine substanzielle Verbesserung ist in weiter Ferne. Die Menschen in den palästinensischen Gebieten und insbesondere im Gaza-Streifen werden immer mehr als humanitäres Problem betrachtet, vergleichbar mit Opfern einer Naturkatastrophe. Sie sind aber Opfer einer politischen Katastrophe, die von der israelischen Regierung und dem Militär aufrechterhalten und forciert wird.

Als antimilitaristischer Studierendenverband positionieren wir uns auf dieser Grundlage folgendermaßen:

- Der Studierendenverband Die Linke.SDS **schließt sich Gregor Gysi in seiner Verurteilung des Angriffs der israelischen Armee auf die Flotille der „Free Gaza“-Bewegung an.** Unsere Solidarität gilt den AktivistInnen der Flotille, und unsere Unterstützung gilt ihrem Ziel, nicht nur symbolisch Hilfsgüter zu liefern, sondern vor allem die Blockade zu durchbrechen.

#### **ÄA 5.1 Ferdinand Lorenz (Halle)**

Streiche den Spiegelstrich „Der Studierendenverband Die Linke.SDS schließt sich...“ bis „...die Blockade zu durchbrechen.“

#### **ÄA 5.2 Liste LINKS Hamburg**

Ersetze „schließt sich Gregor Gysi in seiner Verurteilung des Angriffs der israelischen Armee auf die Flotille der „Free Gaza“-Bewegung an“ durch:

„verurteilt den Angriff der israelischen Armee auf die Flotille der ‚Free Gaza‘-Bewegung“

- Der Studierendenverband distanziert sich klar von der Diffamierung der AktivistInnen, die sie in die Nähe von AntisemitInnen und TerroristInnen rückt. [ÄA 5.4]

#### **ÄA 5.8 Die Linke.SDS Jena**

Streiche „Der Studierendenverband distanziert sich“ bis „und Terroristen rückt.“

#### **ÄA 5.3 Liste LINKS Hamburg (übernommen)**

Ersetze „distanziert sich klar von der Diffamierung der AktivistInnen“ durch:

„weist die Diffamierung der AktivistInnen klar zurück“

#### **ÄA 5.4 Liste LINKS Hamburg**

Ergänze nach „TerroristInnen rückt.“:

„Die Aktion war umfassend friedlich und humanistisch in Inhalt und Form.“

- Der Studierendenverband fordert die israelische Regierung auf, die unmenschliche und völkerrechtswidrige Blockade gegen die Bevölkerung des Gaza-Streifens sofort aufzuheben.
- Dementsprechend erklärt sich der Studierendenverband solidarisch mit der Bevölkerung des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes, da beide Gebiete unter den verschiedenen Formen der Besatzung leiden. [ÄA 5.9]

#### **ÄA 5.9 Die Linke.SDS Jena**

Ergänze nach „der Besatzung leiden“:

„Wir solidarisieren uns mit allen Opfern der Gewalt und fordern alle Akteure dieses Konfliktes zum Gewaltverzicht auf. Das heißt, dass wir die militärische Praxis des Staates Israel wie der Hamas ablehnen. Stattdessen solidarisieren wir uns mit den Friedensbewegungen in den israelischen und palästinensischen Gebieten.“

- Der Studierendenverband fordert die Bundesregierung auf, Waffenexporte an Israel, sowie überall, sofort einzustellen.

#### **ÄA 5.10 Die Linke.SDS Jena (übernommen)**

Ersetze „Der Studierendenverband“ bis „sofort einzustellen“ durch:

„Der Studierendenverband fordert die Bundesregierung auf sämtliche Waffenexporte einzustellen. Besonders in Krisengebiete wie den Nahen Osten ist dies von erheblicher Bedeutung.“

- Der Studierendenverband fordert die Partei Die Linke auf, ihr friedenspolitisches Profil auch beim Nahostkonflikt in die Praxis umzusetzen und sich im Bundestag für den oben erwähnten Waffenexportstopp, sowie für die Überprüfung der Assoziierungsabkommen zwischen Israel und der EU einzusetzen, solange Israel durch seine Politik gegen das internationale Völkerrecht verstößt.
- Der Studierendenverband erklärt seine Unterstützung für eine Lösung des Konfliktes auf der Basis der UNO-Resolutionen, insbesondere Nr. 242 und 194. Diese beinhalten den sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus dem kompletten Westjordanland, den Abbau aller im Westjordanland völkerrechtswidrig gebauten Siedlungen, die Errichtung eines lebensfähigen und völlig souveränen palästinensischen Staates im gesamten Gebiet des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens, deren territoriale Verbindung gewährleistet sein muss, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, eine gerechte Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage, die Aufhebung der Gaza-Blockade, sowie die Rückgabe der besetzten syrischen Golanhöhen.
- Der Studierendenverband bekräftigt seine strikte Ablehnung von Krieg als Mittel der internationalen Politik und erklärt sich solidarisch mit allen fortschrittlichen Kräften in Israel und Palästina. [ÄA 5.7]

#### **ÄA 5.7 Die Linke.SDS Leipzig**

Ergänze nach „Kräften in Israel und Palästina“:

„,die sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts einsetzen.“

- Der Studierendenverband wendet sich gegen die Dämonisierung einzelner politischer Akteure, auf palästinensischer wie auf israelischer Seite, und tritt ein für eine sachliche Auseinandersetzung und Analyse der realen Verhältnisse im Nahen Osten. [ÄA 5.5]

#### **ÄA 5.5 Liste LINKS Hamburg**

Ergänze nach „Verhältnisse im Nahen Osten.“:

„Für den Frieden im Nahen Osten ist unter anderem notwendig, dass sich alle relevanten Akteure der Region auf Augenhöhe verständigen.“

- Der Studierendenverband ruft zur aktiven Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus [ÄA 5.6] auf, die im Kontext des Nahostkonflikts innerhalb der deutschen Gesellschaft auftreten.

#### **ÄA 5.6 Liste LINKS Hamburg**

Ergänze nach „antimuslimischem Rassismus“:

„sowie von Nationalismus“

#### **ÄA 5.11 Die Linke.SDS Jena**

Stelle die drei letzten Spiegelstriche „Der Studierendenverband bekräftigt...“, „Der Studierendenverband wendet sich...“ und „Der Studierendenverband ruft zur...“ an den Anfang der Positionierung nach „...positionieren wir uns auf dieser Grundlage folgendermaßen:“

## Antrag A6

### **Protokoll des 4. BuKo**

Vom Antragsteller zurückgezogen.

EinreicherInnen: Hans Reuter (Dresden)

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Der Bundesvorstand und die Geschäftsführung werden aufgefordert, dem Protokollanten und allen interessierten Verbandsmitgliedern das Protokoll vom vorletzten Bundeskongress (2009 in Potsdam) innerhalb der nächsten 14 Tage (ab Beschlussfassung) zur Verfügung zu stellen.

## Antrag A7

### **Finanzierung Landesverbände**

EinreicherInnen: LandessprecherInnenrat Die Linke.SDS Bayern

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Landesverbände von Die Linke.SDS erhalten vom Bundesverband Die Linke.SDS eine jährliche, nicht zweckgebundene finanzielle Unterstützung in Höhe von 500 (fünfhundert) Euro.

## Antrag A8

### **Seminar Gruppenhomepage**

EinreicherInnen: Ole Guinand (FU Berlin)

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Im Sommer 2010 wird ein zweitägiges Seminar organisiert, bei dem Interessierte aller SDS-Gruppen in das Websystem der Bundesverbandshomepage eingeführt werden und parallel dazu eine Webseite für die eigene Gruppe aufbauen können. Durch eine solche gemeinsame Weiterbildung und Vernetzung mittels eines Verteilers soll den Gruppen in Zukunft eine bessere Nutzung der Neuen Medien für die politische Praxis ermöglicht werden.

## Antrag A9

### **Gründung von Landesverbänden**

EinreicherInnen: Jens Liedtke (Darmstadt)

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Der Bundeskongress empfiehlt den Hochschulgruppen die Gründung von Landesverbänden des Studierendenverbandes. Der Bundesvorstand wird beauftragt diese Gründungen zu unterstützen.

## Antrag A10

### **„Lasst sie nicht durchkommen! – Dresden Nazifrei 2011“**

EinreicherInnen: Bundesvorstand Die Linke.SDS

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Der Studierendenverband Die Linke.SDS beteiligt sich auch im Jahr 2011 an der Blockade gegen Europas größten Naziaufmarsch in Dresden.

Wir müssen breit und entschlossen dafür sorgen, dass die Nazis nicht marschieren können. Zur Vorbereitung und Planung nimmt Die Linke.SDS aktiv an den Treffen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ teil. Außerdem mobilisiert Die Linke.SDS bundesweit an den Hochschulen für die Gegendemonstration umso die Antifaschistinnen und Antifaschisten in Dresden zu unterstützen. Hierbei arbeiten wir eng mit der linksjugend [‘solid] und mit der Partei DIE LINKE zusammen.

## Antrag A11

### **Zusammenarbeit mit „Réseau Jeunes“ der Parti de Gauche, Frankreich**

EinreicherInnen: Judith Benda (Paris)

#### **Der Bundeskongress möge beschließen:**

Die Linke.SDS erklärt sich solidarisch mit der Bewegung und Entwicklung der Parti de Gauche (PG) und dem „Réseau Jeunes“, dem Jugend-Netzwerk der PG.

Es wird eine freundschaftliche Zusammenarbeit und Vernetzung angestrebt, beispielsweise durch:

- regelmäßigen Austausch von Artikeln in critica und „Le Gavroche“ (Jugendzeitung PG)
- Organisation von gemeinsamen Veranstaltungen und Treffen
- Integration von Studierenden im Auslandssemester in den Verband.

Konkret soll der BuVo in den nächsten Monaten ausloten, inwieweit eine Teilnahme von Die Linke.SDS und gemeinsame Veranstaltungen mit dem „Réseau Jeunes“ im Rahmen der Fête de l’Humanité Mitte September (10.-12.9) in Frankreich und Teilnahme vom „Réseau Jeunes“ auf der Herbstakademie Ende September (22.-26.9) in Deutschland zu organisieren ist.

Eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Internationales von Linksjugend [‘solid] wäre wünschenswert.

ÄA 11.1

Ergänze nach „Eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Internationales...“:

„Dies bedeutet für uns keine Festlegung auf das Réseau Jeunes als alleinigen Bündnispartner. Die Linke.SDS ist im gleichen Maße an einer Zusammenarbeit mit den Jugend- und Studierendenstrukturen von NPA und PCF interessiert.“

## **23. Vertagte Anträge**

EinreicherInnen der sätzungändernden Anträge: SDS Mainz

### **Antrag S8**

§6b: füge an diesen Absatz an:

Kleine Hochschulgruppen mit 10 oder weniger aktiven Mitgliedern, sind von der Pflicht zur Quotierung befreit, wenn sie aufgrund der Zusammensetzung ihrer Aktiven nicht dazu in der Lage sind die Quotierung zu erfüllen.

#### **BEGRÜNDUNG:**

Das Recht einer Hochschulgruppe auf Austausch zu den Anträgen, sowie auf ein vernünftiges Arbeitsklima mit individuell leistbaren Pausen, sollte nicht verwirkt sein, nur weil sie nicht dazu in der Lage sind Quotierungen zu einem Bundeskongress zu erfüllen. Statt solche Hochschulgruppen zu sanktionieren und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im Verband zu beschneiden, sollte ihnen Unterstützung bei der Gewinnung zusätzlicher Mitglieder gewährt werden.

### **Antrag S9**

§6e: letzter Satz: Füge am Beginn: "ordentliche" ein.

#### **BEGRÜNDUNG:**

Nicht alle potentiell zu Kooptierenden müssen ordentliche Mitglieder sein. Der gewählte Bundesvorstand hingegen schon.

## 24. Verwiesene Anträge

Antrag P9

### Vernetzung

*AntragstellerIn:* Linke.SDS Mainz

#### ANTRAG:

Der BuKo möge beschließen: Der Linke.SDS fordert seinen Mitgliedshochschulgruppen dazu auf in den vor Ort existierenden Studierendenvertretung die Mitgliedschaft im fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) zu beantragen.

#### BEGRÜNDUNG:

Der fzs ist der einzige bundesweite Dachverband in der BRD. Für einen bundesweiten sozialistischen Studierendenverband bietet sich somit eine Plattform um sich nicht nur um sich selbst zu kümmern, sondern bundesweit die Studierendenschaft nach links zu bewegen und somit Einfluss und BündnispartnerInnen zu gewinnen. Letzteres ist gerade in Zeiten abzusehender schwarz-gelber Kahlschlagspolitik zu forcieren und am Aufbau einer breiten, bundesweiten und nicht-föderalen Front zu arbeiten. Desweiteren bietet ein solcher Verband die Möglichkeit inhaltliche Ansätze aufzugreifen und weiterzuentwickeln und somit auch das politische Profil des Linke.SDS zu schärfen. Der fzs ist gegenwärtig alternativlos, alle "Alternativprojekte" zum Aufbau einer wirkungsvollen bundesweiten Vernetzung konnte keine festen, dauerhaften und angemessen kontinuierlich arbeitenden starken Strukturen schaffen. Daher ist eine Solidarisierung mit und Unterstützung des fzs unabdingbar für einen anti-föderalen Studierendenverband.

## Antrag P10

### **Für Klimagerechtigkeit**

Resolution von Die Linke.SDS zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

*AntragstellerIn:* Bundesvorstand Die Linke.SDS

#### ANTRAG:

1. Die internationale Klimapolitik ist gescheitert. Trotz Kyoto-Abkommen, trotz des Bekenntnisses zu „grünen“, emissionsarmen Technologien sind in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts die CO<sub>2</sub>-Emissionen noch schneller gestiegen als in den 1990er Jahren.
2. Das Scheitern der internationalen Klimapolitik reflektiert die unzureichenden Problemkonstruktion und Problemlösungsansätze im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Lediglich die Emissionsseite wird in den Blick genommen, während die Extraktion und der Verbrauch fossiler Energieträger ausgeblendet bleiben. Dies entspricht ebenso wie den unzureichenden marktkonformen Mechanismen, auf die im Kyoto-Protokoll zur Bekämpfung des Klimawandels gesetzt wird, der Anforderung, Klimapolitik entsprechend Kapitalinteressen zu gestalten. Ohne einen fundamentalen Kurswechsel in der Klimapolitik, die Menschen über Profite stellt und das fossile Energieregime durch erneuerbare Energien ersetzt, wird die Klimaerwärmung nicht gestoppt werden.
3. Die Debatten um einen Green New Deal greifen zu kurz, da sie auf marktkonforme Lösungsansätze setzen und die kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausblenden. Die Förderung grüner Investitionen kann die Klimakrise nicht lösen.
4. Stattdessen ist eine sozio-ökologische Transformation des Kapitalismus gefordert. Um die Klimaerwärmung zu bekämpfen, müssen Schritte eingeleitet werden, die tatsächliche klimapolitische Relevanz haben: Enteignung und Vergessellschaftung der Energiekonzerne, Dezentralisierung der Energiesysteme; fossile Ressourcen im Boden lassen; Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssouveränität; Reform unserer Städte und Transportsysteme, Ausbau des öffentlichen Sektors; Anerkennung und Zahlung ökologischer Schuld des Nordens an den Süden
5. Die Hoffnung auf eine Bekämpfung der Klimaerwärmung liegt nicht in der internationalen Klimapolitik, sondern in der entstehenden Bewegung für Klimagerechtigkeit. Die Linke.SDS sollte einen Beitrag dazu leisten, dass diese Bewegung weiter ausgreift und zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beiträgt, ohne die die Klimakatastrophe nicht gestoppt werden kann.

#### BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

## Antrag P10.1

Antragsteller: Till Petersen

### ÄNDERUNGSANTRAG:

1. Die internationale Klimapolitik ist gescheitert. Trotz Kyoto-Abkommen, trotz des Bekenntnisses zu „grünen“, emissionsarmen Technologien sind in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts die CO2-Emissionen noch schneller gestiegen als in den 1990er Jahren.
2. Das Scheitern der internationalen Klimapolitik reflektiert die unzureichenden Problemkonstruktion und Problemlösungsansätze im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Lediglich die Emissionsseite wird in den Blick genommen, während die Extraktion und der Verbrauch fossiler Energieträger ausgeblendet bleiben. Dies entspricht ebenso wie ~~den~~ **die** unzureichenden marktkonformen Mechanismen, auf die im Kyoto-Protokoll zur Bekämpfung des Klimawandels gesetzt wird, der Anforderung, Klimapolitik entsprechend Kapitalinteressen zu gestalten. Ohne einen fundamentalen Kurswechsel in der Klimapolitik, die Menschen über Profite stellt und **dafür auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse zielt, z.B.** das fossile Energieregime durch erneuerbare Energien ~~ersetzt~~ **zu ersetzen**, wird die Klimaerwärmung nicht gestoppt werden.
3. Die Debatten um einen Green New Deal greifen zu kurz, da sie auf marktkonforme Lösungsansätze setzen und die kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausblenden. Die Förderung grüner Investitionen kann die Klimakrise nicht lösen.
4. Stattdessen ist eine sozio-ökologische ~~Transformation~~ **Überwindung** des Kapitalismus gefordert. Um die Klimaerwärmung zu bekämpfen, müssen Schritte eingeleitet werden, die tatsächliche klimapolitische Relevanz haben: Enteignung und Vergesselschaftung der Energiekonzerne, Dezentralisierung der Energiesysteme; fossile Ressourcen im Boden lassen; Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssouveränität; Reform unserer Städte und Transportsysteme, Ausbau des öffentlichen Sektors; Anerkennung und Zahlung ökologischer Schuld des Nordens an den Süden
5. Die Hoffnung auf eine Bekämpfung der Klimaerwärmung ~~liegt nicht~~ in der internationalen Klimapolitik **liegt nicht auf den Parlamenten und Regierungen**, sondern in der entstehenden Bewegung für Klimagerechtigkeit. Die Linke.SDS sollte einen Beitrag dazu leisten, dass diese Bewegung weiter ausgreift und zu einer Veränderung ~~der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse~~ **des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses** beiträgt, ohne die die Klimakatastrophe nicht gestoppt werden kann.

### BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.

## Antrag P12

### Gegen Islamophobie

*AntragstellerIn:* Linke.SDS Frankfurt am Main

#### ANTRAG:

Der Bundeskongress möge beschließen:

- Die Übernahme antirassistischer Positionen in das Programm
- Die Explizite Absage an Islamophobie und Kopftuchverbot
- Die verstärkte Solidarität mit von Rassismus betroffenen Gruppen in der politischen Arbeit und ein Bemühen um praktische Zusammenarbeit mit MigrantInnen und MuslimInnen

#### BEGRÜNDUNG:

SDS steht für *Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband*. Dazu gehört auch eine antirassistische Ausrichtung. Alle Formen des Rassismus müssen bekämpft werden. Insbesondere seit dem 11. September 2001 sind wir mit einem neuen Rassismus konfrontiert – der Islamophobie. Gehetzt wird querbeet durch Medien & Politik. „Wie gefährlich ist der Islam?“ titelte z.B. der Stern und implizierte einen Zusammenhang zwischen Religion und angeblicher Terrorismusbereitschaft junger MuslimInnen. Als jüngstes Beispiel können die Äußerungen von Thilo Sarazzin erwähnt werden. Hier verurteilt der jetzt im Vorstand der Bundesbank tätige ehemalige berliner Finanzminister (SPD) „Kopftuchmädchen produzierenden“ arabische und türkische Familien als faul und „Intraktionsunwillig“.

Eine tiefere Beschäftigung mit dem Phänomen Islamophobie ist hier vonnöten. Es gilt aufzuzeigen, dass ein Feinbild Islam im Zuge der imperialistischen Kriege der NATO bzw. USA im Irak und Afghanistan heraufbeschworen wurde. Mittels der Angst vor dem „islamistischen Terrorismus“ werden MuslimInnen per se kriminalisiert und militärische Interventionen legitimiert. Islamophobie ist damit durchaus vergleichbar mit dem Rassismus gegenüber der afrikanischen Bevölkerung im Zeitalter des Kolonialismus-Imperialismus. Die Verbindung zwischen der Beschwörung antiislamischer Feindbilder und außen- und sicherheitspolitischen Interessen aufzuzeigen ist Aufgabe und Fähigkeit von SozialistInnen.

Rassismus wirkt aber nicht nur als Gewalt und Herrschaft legitimierende Ideologie, sondern auch als Praxis der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung in alltäglichen sozialen Auseinandersetzungen. In diesem Sinne gilt es vor allem auch in konkreten Situationen, z.B. an der Uni und im Seminar, gegen Stigmatisierung und Diskriminierung von MuslimInnen Position zu beziehen. Gerade kopftuchtragende Frauen leiden unter dem antiislamischen Rassismus. Sie sind einerseits als Frauen und als Menschen zumeist mit einem Migrationshintergrund gesellschaftlich oft doppelt benachteiligt und darüber hinaus als Musliminnen im Beruf und auf der Straße Anfeindungen ausgesetzt. Die Linke. SDS muss sich hier eindeutig auf die Seite der Schwächeren stellen. Dazu gehört auch ein klares *Nein* zum Kopftuchverbot.

## Antrag P12.1

*EinreicherInnen:* linke.SDS Leipzig  
ÄNDERUNGSANTRAG

Der Bundeskongress möge beschließen:

- - Die Übernahme antirassistischer Positionen in das Programm
- - Die Explizite Absage an Islamophobie und Kopftuchverbot
- - Die verstärkte Solidarität mit von Rassismus betroffenen Gruppen in der politischen Arbeit und ein Bemühen um praktische Zusammenarbeit mit MigrantInnen und MuslimInnen
- **Die Linke.SDS organisiert ein Seminar zum Thema Islamophobie.**
- **Bei Interesse in den einzelnen Hochschulgruppen eine Veranstaltung durchzuführen, wird ein ReferentInnenpool eingerichtet.**
- **Nach Möglichkeit und Anzahl der Interessierten, wird eine Broschüre zu den Themenschwerpunkten Rassismus und Krieg erstellt.**

BEGRÜNDUNG:

Erfolgt mündlich.